

## **Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Standpunkte der Jugendverbände zur Landtagswahl 2016**

- *Wertschätzung junger Menschen*
  - *Junge Menschen sind kein Humankapital*
  - *Junge Menschen leben ihre Interessen*
  - *Junge Menschen sind an Entscheidungen beteiligt*

Für uns Sozialdemokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass junge Menschen ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind. In diesem Sinne sind sie Expertinnen und Experten in eigener Sache, auf deren Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten keine Gesellschaft verzichten kann. Wer Kinder und Jugendliche außen vor hält, ihre Interessen nicht berücksichtigt und sie nicht an Entscheidungen beteiligt, handelt mehr als kurzfristig. Eine Gesellschaft kann es sich schlichtweg nicht leisten, die nachwachsende Generation nicht zu beteiligen oder nicht ernst zu nehmen. Zum einen verschenkt sie Potenziale und Energie, mit der junge Menschen das Miteinander bereichern können. Zum anderen wird eine Gesellschaft immer arm sein, wenn sie einen Teil ihrer Mitglieder ausgrenzt oder nur ungenügend zu Wort kommen lässt.

- *Freiräume*
  - *35-Stunde-Woche für Schüler\_innen*
  - *Öffentliche Räume für junge Menschen*
  - *Anerkennung und Freistellung für das Ehrenamt*

Lange Zeit wurde ausschließlich über Schulstrukturen diskutiert. Es ist richtig, sich anzuschauen, ob die hohe zeitliche Belastung, der die Schülerinnen und Schüler ausgesetzt sind, in der Form haltbar ist. Freiräume für außerschulische Aktivitäten sind zunehmend eingeschränkt. Auch die Zunahme psychischer Erkrankungen sprechen dafür, dass Kinder mit dem Schulalltag oftmals überfordert sind.

Sicherlich wird die Anzahl der Schulstunden auch zukünftig von der Schulform her verschieden sein. Die Belastung mit zum Teil mehr als 35 Stunden pro Woche für schulische Aufgaben ist jedoch erheblich.

Wir werden deshalb die Diskussion um die Begrenzung der zeitlichen Belastung der Schülerinnen und Schüler führen. Nach der Strukturdebatte ist eine qualitative Diskussion über das wie, wann, was und wie lange dringend geboten. Denn unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen im Bereich der Schule einen Raum zu schaffen, in dem sie ganzheitlich entwickeln können. Jede und jeder kann etwas. Das muss herausgestellt und gefördert werden, damit alle Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erreichen können, der ihnen eine Teilhabe am beruflichen Geschehen und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dazu werden wir unter anderem eine Jugendberufsagentur aufbauen, die die jungen Menschen bei der Berufswahl frühzeitig berät und ihnen Unterstützung bietet.

Neben dem Elternhaus und der Schule brauchen Kinder und Jugendliche Strukturen, die ihrem Alter angemessen Angebote für die Freizeitgestaltung, aber auch bei der Suche nach Hilfe und Unterstützung bieten. Dazu brauchen sie verlässliche Ansprechpartnerinnen und -partner und feste Orte und Räumlichkeiten. Deshalb ist es wichtig, dass die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe tarifgerecht entlohnt werden und sichere Arbeitsplätze haben.

Gerade in der letzten Zeit ist deutlich geworden, welche enorme Bedeutung das Ehrenamt hat. Ohne die vielen Ehrenamtlichen könnten viele Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden und wäre unsere Gesellschaft um einiges ärmer. Wir wollen daher, dass Ehrenamt sich "auszahlt", nicht im wörtlichen Sinne, sondern in der Form der Anerkennung und der Anrechnung z. B. bei Bewerbungen.

- *Mobilität und „Verortung“*
  - *Junge Menschen sind überall und kostenfrei mobil*
  - *Bildungs- und Freizeitangebote für junge Menschen sind wohnortnah*
  - *Besserer Internetzugang für junge Menschen*

Viele Kommunen unterstützen schon heute junge Menschen, damit sie mobil sein können. Leider ist das nicht überall der Fall. Gerade für diejenigen in ländlich strukturierten Gegenden ist es sehr schwierig, von einem Punkt zum anderen zu kommen. Das Land unterstützt die Mobilität von Jugendlichen derzeit durch die Zahlung von 31 Mio. Euro für den Ausbildungsverkehr und rund 23 Mio. Euro für die Schülerbeförderung an die kommunalen Aufgabenträger.

Neben einer umweltgerechten und integrierten Infrastrukturpolitik mit einer optimalen Verknüpfung aller Verkehrsträgerinnen und -träger setzen wir Sozialdemokraten uns für eine bezahlbare Mobilität für alle ein. Wir brauchen einen flächendeckenden, barrierefreien und gut vernetzten öffentlichen Personennahverkehr, der für alle Kinder und Jugendlichen soweit wie es in der Tat machbar ist, möglichst kostenfrei sein sollte.

Wir werden das Schnittstellenprogramm des Landes fortsetzen, damit das Umsteigen im Nahverkehr einfacher und bequemer wird.

Passgenaue Bildungs- und Freizeitangebote sollen sich an den Bedürfnissen vor Ort orientieren und für die Jugendlichen auch erreichbar sein.

Die Digitalisierung ist aus dem Leben nicht mehr wegzudenken. Wer als junger Mensch keinen Internetzugang hat, wird einen Nachteil haben. Denn der Zugang zu digitalen Netzen ermöglicht sowohl Teilhabe als auch die Wahrnehmung demokratischer Rechte. Ein Punkt, der uns neben dem Zugang zum Internet für jede/n ebenso wichtig ist.

Wir werden nicht hinnehmen, dass sich unsere Gesellschaft quasi digital spaltet. Wir Sozialdemokraten werden mit Mitteln des Bundes und der EU bis Ende 2018 alle Haushalte mit schnellen Internetanschlüssen - mindestens 50 MBit/s Downloadrate und eine adäquate Uploadrate – ausstatten. Um dem Nachhaltigkeitsanspruch gerecht zu werden, ist auf Effizienz und Kostensenkung durch die Kopplung des Breitbandausbaus mit anderen Infrastrukturmaßnahmen zu achten.

In vielen anderen Ländern können bereits öffentliche WLAN-Netze genutzt werden. Wir halten das für Sachsen-Anhalt und gerade auch für junge Menschen für eine gute Möglichkeit, kostenfrei ins Internet zu kommen. Wir werden die Kommunen bei der Einrichtung öffentlicher WLAN-Netze mit Mitteln aus der Digitalen Dividende unterstützen.

Die Risiken des Internets dürfen trotz allem nicht unterschätzt werden. Dazu ist es wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen im Medienschutz geschult werden.

Auch wenn wir uns gegen jede Zensur aussprechen, halten wir eine Stärkung des Jugendmedienschutzes für geboten. Dazu wird der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag novelliert.

- *Bildung*

- *Außerschulische Bildungsorte sind stark*
- *Mehr Geld für die landesweite Jugendbildung*
- *Mitbestimmung der Schüler\_innen maßgeblich erweitern*
- *Gute und gleichwertige Lebensbedingungen*
- *Regionale Unterschiede sind durch die Jugendförderung zu berücksichtigen*
- *Rahmenbedingungen machen Inklusion umsetzbar*
- *Junge Menschen auf der Flucht erfahren besondere Unterstützung*

Sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit brauchen Verlässlichkeit. Deswegen haben wir die Sicherung der Jugendpauschale und des Fachkräfteprogramms in ein Gesetz geschrieben. Wie die Mittel für die einstmals zwei Programme vor Ort eingesetzt werden, bleibt den Verantwortlichen überlassen. Hier müssen die Jugendverbände als Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen mehr Gewicht bekommen, um mitzuentcheiden, welche Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte gefördert werden. Was gefördert wird, das soll gerade nicht das Land vorschreiben. Dann würden wir etwas "aufdrücken", was vielleicht gar nicht gewollt oder gebraucht wird. Es würde unserer Grundüberzeugung widersprechen, dass junge Menschen Experten in eigener Sache sind. Die Kinder und Jugendlichen selbst - und dazu müssen sie in Entscheidungen in den Kommunen stärker eingebunden werden - wissen doch am besten, wo ihre Interessen liegen, wo es Probleme gibt, wo Hilfe notwendig ist.

Ziel der Landespolitik ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Teilhabe vor Ort gelingen kann. Die konkrete Umsetzung kann nur vor Ort nach den jeweiligen Gegebenheiten und den spezifischen Anforderungen an Kinder- und Jugendarbeit gelingen. Wie das genau aussieht, kann im Land höchst unterschiedlich sein. In einer Großstadt sind andere Bedingungen und Möglichkeiten vorhanden, als im ländlichen Bereich.

Bei all den Überlegungen muss darauf geachtet werden, dass alle jungen Menschen partizipieren können. Das gilt noch einmal mehr bezogen auf die jungen Flüchtlinge. Wenn es gelingt, diese in die Angebote mit einzubinden, können gemeinsame Lebensbereiche geschaffen werden, die Integration und Inklusion Wirklichkeit werden lassen.

- *Die Perspektive junger Menschen in Sachsen-Anhalt*
  - *Gute Standortfaktoren tragen dazu bei, dass junge Menschen bleiben*
  - *Die Stimme junger Menschen bekommt ein stärkeres Gewicht*
  - *Junge Menschen haben eine sicherer berufliche Aussicht*

Lange wurde vonseiten der Wirtschaft geworben, dass die Löhne in Sachsen-Anhalt sehr niedrig sind. Heute schlägt dieser offensichtlich falsche Weg wie ein Bumerang zurück. Gerade junge gutausgebildete Menschen haben das Land verlassen. Ein Drama, das nicht noch einmal passieren darf. Nicht ohne Grund haben wir viele Jahre für eine angemessene Bezahlung der Fachkräfte und den Mindestlohn gekämpft. Die Einführung des Mindestlohns ist dem jahrelangen Kampf der Sozialdemokratie zu verdanken. Denn jeder Mensch soll von seiner/ihrer Hände Arbeit leben können.

Hinzu kommt, dass in Sachsen-Anhalt nur ca. 25% der Unternehmen an Tarife gebunden sind. Das muss sich unbedingt ändern, im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Unternehmen. Wir brauchen mehr verbindlich abgeschlossene Tarifverträge. Eine gute und angemessene Bezahlung ist ebenso wichtig, wie gesicherte Arbeitsplätze und geregelte Arbeitszeiten, damit junge Menschen hier im Land bleiben und hier ihren Lebensmittelpunkt wählen.

Heute suchen viele Unternehmen händeringend nach Fachkräften. Auf dem Ausbildungsmarkt können viele Plätze nicht mehr besetzt werden. Über die Jugendberufsagenturen können junge Menschen zeitiger beraten und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz durch die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure besser unterstützt werden.

Des Weiteren wollen wir eine Landesstrategie, die die regionale und zuständigkeitübergreifende Zusammenarbeit der Verantwortlichen am Übergang von der Schule in den Beruf stärkt und unterstützt, damit an dieser Schwelle kein Jugendlicher "verloren" geht. Wir werden regionale Bündnisse für Jugend und Ausbildung weiter stärken und unterstützen. Praktika sollen entlohnt werden. Dazu wird es wie auch für die Dauer und die Anzahl von Praktika eine gesetzliche Regelung geben.

Die SPD wird ein landesweit gültiges Azubiticket einführen, um die Mobilität von jungen Menschen in der Ausbildung zu verbessern.

- *Partizipation*

- *Wahlalter ist auf 16 Jahre gesenkt*
- *Konzepte zur Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene schaffen*
- *Politik ist für junge Menschen attraktiv*

Wir Sozialdemokraten stehen nach wie vor zu unserer Forderung, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Wir unterstützen auch weiterhin die Kinder- und Jugendverbände, die Mitwirkung in Schulen, die Jugendparlamente und wollen diese Partizipationsmöglichkeiten gemeinsam mit den Betroffenen stärker ausbauen.

Konzepte für mehr Beteiligung können nur mit den jungen Menschen und nur, wenn der Wille dazu da ist, eingeführt werden. Hier gibt es noch eine Menge Arbeit. Wir werden nicht müde, immer wieder – im Sinne Hardenbergs („Wo Kinder sind, ist ein goldenes Zeitalter“) – die Bereicherung für das Miteinander durch die junge Generation zu betonen. Erst, wenn in allen Köpfen angekommen ist, dass Kinder und Jugendliche gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft mit ihren eigenen Interessen und Vorstellungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sind, dann können sie auch als Mitwirkende auf gleicher Ebene wahrgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für Konzepte mit der Grundidee ein, nichts ohne die Kinder und Jugendlichen für sie zu entscheiden. Der Austausch der Vorstellungen, Bedürfnisse und Ideen auf Augenhöhe sind die Grundbedingungen für eine Einbindung in Entscheidungen und das Erlernen demokratischer Normen.

Das heißt nicht, dass alles, was junge Menschen gern wollen, 1:1 umgesetzt wird. Es bedeutet, sich in einen Diskurs zu begeben und gemeinsam nach der besten Lösung zu suchen. Es heißt auch, dass, wenn jemand ernst genommen wird mit Vorschlägen oder auch bei Kritik, Mitmachen und Mitgestalten Spaß machen kann.

Wir halten es für wichtig, dass Kinder von Klein auf lernen, dass Ziele nur im Miteinander zu erreichen sind und dass sie klar formuliert werden müssen, um gehört zu werden. Deshalb haben wir in das Kinderförderungsgesetz Mitwirkungsrechte für Kinder bei der Gestaltung des Alltags und der Organisation in der Kindertageseinrichtung festgeschrieben. Eine Sprecherin oder ein Sprecher muss im Kuratorium der Kindertageseinrichtung gehört werden. Diese grundlegenden Erfahrungen werden die Kinder auf ihrem weiteren Weg begleiten. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass Kinder dieses Teilhaberecht auch in der Tat wahrnehmen können und von den Erwachsenen gehört werden.

- *Partner\_innen und Strukturen*

- *Jugendverbände auf Landesebene sind langfristig gestärkt*
- *Jugendverbände auf kommunaler Ebene sind langfristig gestärkt*
- *Kommunale Kinder- und Jugendringe sind gefragte Interessenvertretungen*

Junge Menschen sind unsere Zukunft. Sie auf ihrem Weg zu eigenständigen Persönlichkeiten zu unterstützen ist neben den Eltern Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Daran besteht kein Zweifel. Ihre Interessenvertreter auf gesellschaftlicher Ebene sind u. a. die Jugendverbände. Sie sind das Sprachrohr für die Kinder und Jugendlichen gegenüber dem Parlament und der Regierung, den Kreistagen und der Verwaltung und in den Gemeinden.

Für ein lebendiges Miteinander, echte Partizipation und die Beachtung der Lebenswirklichkeit der jungen Generation sind Jugendverbände unverzichtbar. Für uns Sozialdemokraten gehören sie selbstverständlich in den gesellschaftlichen und die Belange der Kinder- und Jugendarbeit betreffenden Austausch der Akteurinnen und Akteure. Deshalb werden die Jugendverbände auch in Zukunft finanzielle Zuschüsse erhalten.

Die vormals zwei Landesprogramme Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm haben wir zu einem Programm zusammengelegt, um den Verantwortlichen vor Ort mehr Gestaltungsspielräume und die Reaktionsmöglichkeit auf besondere Bedarfe in der jeweiligen Kommune zu lassen. Mit den Mitteln dieser Programme und der Förderung weiterer Maßnahmen der Jugendsozialarbeit, des Jugendschutzes und der Jugendbildung erhalten freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe neben der institutionellen Förderung landesweit tätiger Verbände und Einrichtungen Zuschüsse, um sowohl die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten zu können und ihnen Angebote verschiedener Art zu unterbreiten.

So wie es eine Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene gibt, sollte es auch eine auf kommunaler Ebene geben. Leider gibt es nicht in allen Landkreisen Kinder- und Jugendringe. Dass sich das ändert, ist sicherlich auch Anliegen des Landes-Kinder- und Jugendrings.